

BUNDESKANZLERAMT  VERFASSUNGSDIENST

«Anrede»
 «Titel» «Vorname» «Nachname»
 «Nachgestellter_Titel»
 «Name»
 «zH»
 «Straße» «ON»
 «Postleitzahl» «Ort»
 «Land»

GZ • BKA-600.883/0076-V/8/2012
 ABTEILUNGSMAIL • V@BKA.GV.AT
 BEARBEITERIN • FRAU MAG JOHANNA HAYDEN
 PERS. E-MAIL • JOHANNA.HAYDEN@BKA.GV.AT
 TELEFON • 01/53115/204029
 IHR ZEICHEN •

Antwort bitte unter Anführung der GZ an die Abteilungsmail

An
 die Österreichische Präsidentschaftskanzlei
 die Parlamentsdirektion
 den Rechnungshof
 die Volksanwaltschaft
 den Verfassungsgerichtshof
 den Verwaltungsgerichtshof
 alle Bundesministerien
 das Büro von Herrn Vizekanzler Dr. SPINDELEGGER
 das Büro von Herrn Staatssekretär Dr. OSTERMAYER
 das Büro von Herrn Staatssekretär Mag. SCHIEDER
 das Büro von Herrn Staatssekretär Dr. LOPATKA
 das Büro von Herrn Staatssekretär KURZ
 alle Sektionen des Bundeskanzleramtes
 die Geschäftsstelle Plattform Digitales Österreich beim Bundeskanzleramt
 den Datenschutzrat
 die Datenschutzkommission
 die Bundes-Gleichbehandlungskommission beim Bundeskanzleramt
 die Anwaltschaft für Gleichbehandlung
 den Rat für Forschung und Technologieentwicklung
 die Bundestheater-Holding GmbH
 den Asylgerichtshof
 den unabhängigen Umweltsenat
 den österreichischen Statistikrat
 die Bundesanstalt „Statistik Österreich“
 das Präsidium der Finanzprokuratur
 die Österreichische Bundesforste AG
 die ÖBB-Holding AG
 die Österreichische Post AG
 die Telekom Austria AG
 die Bundesgeschäftsstelle des Arbeitsmarktservice Österreich
 die Finanzmarktaufsicht
 den Unabhängigen Finanzsenat
 das Bundesvergabeamt
 zu Handen Herrn Dr. SACHS
 die Bundesbeschaffung GmbH
 die Bundeswettbewerbsbehörde
 die Bundesrechenzentrum Ges.m.b.H.
 die Bundesimmobilien GmbH

die Kommunikationsbehörde Austria
die Telekom-Control-Kommission
die Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH
alle Ämter der Landesregierungen
die Verbindungsstelle der Bundesländer
alle unabhängigen Verwaltungssenate
den Verein der Mitglieder der Unabhängigen Verwaltungssenate (UVS-Verein)
den Österreichischen Gemeindebund
den Österreichischen Städtebund
die Wirtschaftskammer Österreich
zu Händen Frau Dr. MILLE
die Bundesarbeitskammer
die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
(Landwirtschaftskammer Österreich – LKÖ)
den Österreichischen Landarbeiterkammertag
den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag
alle Rechtsanwaltskammern
die Österreichische Notariatskammer
die Österreichische Patentanwaltskammer
die Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten
die Kammer der Wirtschaftstreuhänder
die Bundeskonferenz der Kammern der freien Berufe
den Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Graz
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Salzburg
das Institut für Rechtswissenschaften der Technischen Universität Wien
das Institut für Wirtschaft, Politik und Recht der Universität für Bodenkultur Wien
das Institut für Österreichisches und Europäisches Öffentliches Recht der Wirtschaftsuniversität Wien
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Linz
das Institut für Rechtswissenschaften der Universität Klagenfurt
das Institut für Europarecht der Universität Wien
das Institut für Europarecht der Universität Graz
das Zentrum für Europäisches Recht der Universität Innsbruck
das Institut für Europarecht der Universität Salzburg
das Institut für Europarecht der Universität Linz
das Europainstitut der Wirtschaftsuniversität Wien
die Technische Universität
die Universität für Bodenkultur Wien
die Österreichische Universitätenkonferenz
den Verband der Professoren Österreichs
das Österreichische Institut für Rechtspolitik
die Österreichische Gesellschaft für Gesetzgebungslehre
die Österreichische Juristenkommission
das Österreichische Normungsinstitut
zu Händen Herrn Dr. ELLMER
den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
die Vereinigung der Österreichischen Industrie
den Österreichischen Gewerkschaftsbund
die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
den Verein der österreichischen Verwaltungsrichter

den Hauptverband der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe Österreichs
das Generalsekretariat Österreichs Energie (vordem: Verband der Elektrizitätswerke Österreichs)
den Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverband
den Verband österreichischer Entsorgungsbetriebe
den Fachverband Gas & Wärme
die Österreichische Vereinigung für Gas und Wasser
den Österreichischen Verband der Internet Service Provider
den Österreichischen Ingenieur- und Architektenverein
die Vereinigung industrieller Bauunternehmungen Österreichs (VIBÖ)
die ARGE Daten
den Hauptverband der allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen Österreichs
den ANKÖ
zu Händen Herrn Dkfm. Dr JÖCHLINGER
die ASFINAG
die Wiener Zeitung

Bundesgesetz, mit dem das Bundesvergabegesetz 2006 und das Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012 geändert werden (BVergG und BVergGVS Novelle 2013), Aussendung zur Begutachtung

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übermittelt den – gemäß Art. 14b Abs. 4 B-VG unter Mitwirkung der Länder ausgearbeiteten – Entwurf für ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesvergabegesetz 2006 und das Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012 geändert werden (BVergG und BVergGVS Novelle 2013) und ersucht um allfällige Stellungnahme bis spätestens

25. Jänner 2013

(ho einlangend). Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst lädt überdies ausdrücklich alle sonstigen – auch nicht in der obigen Adressatenliste erwähnten – interessierten Kreise zur Abgabe einer Stellungnahme bis zum oben angegebenen Datum ein.

Der Begutachtungsentwurf bzw. dessen Erläuterungen verweisen an mehreren Stellen auf Paragraphen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) und des Unternehmensgesetzbuches (UGB), die erst mit dem Zahlungsverzugsgesetz in das ABGB bzw. das UGB aufgenommen werden sollen. Zum besseren Verständnis des vorliegenden Begutachtungsentwurfes werden die entsprechenden Paragraphen aus

der Regierungsvorlage für ein Zahlungsverzugsgesetz (2111 BlgNR XXIV.GP) als Beilage angefügt.

Die Stellungnahmen sind auf elektronischem Weg unter Angabe der Geschäftszahl an die Adresse v8a@bka.gv.at zu übermitteln. Sollte bis zum oben angegebenen Zeitpunkt keine Stellungnahme einlangen, so geht das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst davon aus, dass gegen den Entwurf keine Einwendungen erhoben werden.

Die Aussendung dient gleichzeitig als Übermittlung im Sinne des Art. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999, die Stellungnahmefrist im Sinne dieser Vereinbarung endet vier Wochen nach Zustellung.

Das Aussendungsschreiben, der Begutachtungstext, die diesbezüglichen Erläuterungen und die Textgegenüberstellung sind auch von der Web-Site des Bundeskanzleramtes unter der Adresse <http://www.bundeskanzleramt.at/vergaberecht> (Rubrik Aussendungen/Begutachtungen) abrufbar.

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst ersucht, alle nachgeordneten Dienststellen und alle interessierten Unternehmen seitens ihrer jeweiligen (Interessen)Vertretungen bzw. Oberbehörden vom Begutachtungsentwurf und der Möglichkeit zur Stellungnahme zu informieren. Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst ersucht weiters, alle interessierten Gemeinden und Gemeindeverbände seitens ihrer jeweiligen Vertretungen bzw. seitens der Länder vom Begutachtungsentwurf und der Möglichkeit zur Stellungnahme zu informieren.

Es wird ersucht,

- die Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zu übermitteln, und zwar – bei Vorhandensein der technischen Möglichkeit hierzu – im Wege elektronischer Post an die Adresse

begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

- und davon in der Stellungnahme Mitteilung zu machen.

Es wird angemerkt, dass die Aussendung zur Begutachtung nur mehr auf elektronischem Weg erfolgt.

26. November 2012
Für den Bundeskanzler:
HESSE

Elektronisch gefertigt